

Stadtpunkte

1|25



IM FOKUS

Kommunalpolitische
Herausforderungen
im Kommunalwahljahr 2025

Bundestagswahl: Es muss sich viel
tun für ein neues Miteinander

FACHINFORMATIONEN

AUS DEN STÄDTEN

Mehr Frauen in die
Kommunalparlamente

Gemeinschaftsaufgabe Bildung:
RVR und RuhrFutur stellen
Bildungsbericht 2024 vor

KALEIDOSKOP

GERN GESEHEN

Wittringen – das grüne Herzstück
Gladbecks



Kommunalpolitische Herausforderungen im Kommunalwahljahr 2025

Von Thomas Eiskirch

Das Kommunalwahljahr 2025 startet für die Städte in NRW mit großen Unsicherheiten, auch mit Blick auf die vorgezogenen Bundestagswahlen. Zum einen verschlechtert sich die finanzielle Lage der Städte dramatisch, die Aussichten sind düster. Zum anderen brauchen wir Planungssicherheit für zugesagte Fördermittel vom Bund, um wichtige Vorhaben und Projekte umzusetzen. Kommunales Handeln sichert Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit ganz unmittelbar auch für den Erhalt der Demokratie.

Bezogen auf die Haushalte läuft die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer weiter auseinander. Kaum eine Stadt wird 2025 noch einen ausgeglichenen Haushalt schaffen. Denn fast überall, wo es noch Rücklagen aus besserer Zeit gab, sind sie bereits aufgebraucht oder werden es in Kürze sein.

Die zumeist noch laufenden Haushaltsberatungen vor Ort in vielen Stadträten zeigen ganz deutlich: Viele Städte sind gezwungen rigoros den Rotstift anzusetzen. Das trifft auch die Bürgerinnen und Bürger. Wenn nicht in die neue Kita oder den E-Bus investiert werden kann oder die Sanierung von Schulen und Straßen weiter verschoben werden muss, hat das direkten Einfluss auf die Lebensqualität vor Ort. Die Städte in NRW leben seit Jahren von der Substanz. Um das zu ändern, muss das Land die Zuweisungen im Gemeindefinanzausgleich erhöhen und den Verbundsatz endlich wieder anheben, im ersten Schritt von jetzt 23 Prozent auf zunächst 25 Prozent.

2025 muss auch endlich der Einstieg in den Ausstieg für die kommunalen Altschulden in NRW werden. Eine Altschuldenlösung, an der sich der Bund beteiligt, wäre für die NRW-Städte unerlässlich. Das Land NRW hat dafür seine Mittel in Höhe von 250 Mil-



Foto: Martin Steffen

„2025 muss auch endlich der Einstieg in den Ausstieg für die kommunalen Altschulden in NRW werden.“

Thomas Eiskirch
Vorsitzender des Städtetages NRW und
Oberbürgermeister der Stadt Bochum

lionen Euro im Haushalt für das kommende Jahr festgeschrieben. Jetzt soll auch noch ein Gesetzentwurf für die nötige Grundgesetzänderung von der amtierenden Bundesregierung in den Bundestag eingebracht werden. Deswegen appellieren wir an alle Beteiligten im Bund, sich für die nötige Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat einzusetzen. Hier ist auch die NRW-Landesregierung gefragt, für die gemeinsame Altschuldenlösung mit dem Bund vor allem bei CDU und CSU zu werben.

Für uns ist weiter klar: Falls die Bundeslösung vor der Neuwahl nicht mehr zustande kommt, muss die Landeslösung greifen.



Nordansicht der Innenstadt Bochum aus der Luft (Foto: Lutz Leitmann/Stadt Bochum)

Denn die Landesregierung hat angekündigt, sich an den Koalitionsvertrag zu halten und eine Altschuldenhilfe zur Not auch ohne Bundesbeteiligung umzusetzen. Darauf vertrauen wir.

In Zusammenhang mit zugesagten Fördermitteln vom Bund ist die Lage gerade beim Ausbau der Wärmenetze und der Sanierung öffentlicher Gebäude kritisch. Hier müssen die Städte und ihre Stadtwerke sehr viel Geld in die Hand nehmen. Der Ausfall von Fördermitteln und die Ungewissheit, wie es weitergeht, bremsen die Wärmewende vor Ort. Wir brauchen deshalb von allen Parteien im Bundestag das glasklare Bekenntnis, dass sich die Städte auch nach der Neuwahl auf zugesagte Fördermittel und die Finanzausgaben des Bundes verlassen können – ganz gleich wer die neue Bundesregierung stellt. Vor Ort in den Städten müssen sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können, dass Politik handlungsfähig bleibt und Zukunft gestalten kann.

Mit Unverständnis blicken wir auch auf die geplanten Kürzungen des Landes und des Bundes im Bereich Integration. Wir können nicht auf der einen Seite von Zugewanderten schnelle Integration einfordern, und gleichzeitig kürzen Bund und Land die Integrationskurse ein. Die Zahl der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer wird auch im kommenden Jahr etwa gleichbleiben, viele Geflüchtete sind zur Teilnahme verpflichtet. Für Sprachvermittlung, Kultur und die Arbeitsmarktintegration ist das wichtig. Wie

die Träger der Kurse, darunter viele kommunale Träger und Volkshochschulen, das mit der Hälfte der Mittel stemmen sollen, ist uns schleierhaft. Wir fordern den Bund und das Land NRW auf, die geplanten Kürzungen im Bereich Integration in den jeweiligen Haushalten für 2025 zurückzunehmen.

Oberbürgermeister Thomas Eiskirch
Vorsitzender des Städtetages NRW

Titelfoto: Luftschiffhangar in Mülheim unter den sehenswerten Bauwerken in NRW

Mit dem neuen Luftschiffhangar in Mülheim an der Ruhr (Foto: Annika-Feuss) umfasst die Website von baukunst-nrw.de nun 2.500 Bauwerke. Das Portal wird seit 2007 von der Architektenkammer NRW in Kooperation mit der Ingenieurkammer-Bau NRW betrieben und bietet detaillierte Informationen zu bedeutenden Bauwerken aller Epochen und Bauaufgaben.

Neben Highlights wie dem Kölner Dom und der Zeche Zollverein umfasst die Datenbank auch weniger Bekanntes wie Hochwasserpumpwerke oder Brücken. Über eine detaillierte Suchfunktion lassen sich Objekte gezielt finden. Redaktionell erstellte Routen laden außerdem zu Entdeckungstouren ein.

www.baukunst-nrw.de



Bundestagswahl: Es muss sich viel tun für ein neues Miteinander

Bei den vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 sind in NRW gut 12 Millionen Menschen wahlberechtigt, das ist mehr als ein Fünftel der deutschen Wahlberechtigten. Der Städtetag NRW wird sich auch nach der Wahl konstruktiv in die Bundespolitik einbringen.

Die Grundlage dafür sind die „Erwartungen des Städtetages NRW an die neue Bundesregierung“, die der Vorstand des Städtetages NRW im Januar beschlossen hat. „Für ein neues Miteinander“ sind die Anforderungen der NRW-Städte an die künftige Bundespolitik überschrieben. Denn: „Bund und Land erkennen die Brisanz der Lage in den Städten nicht“, heißt es in dem Papier. „Die finanziellen Perspektiven der Städte sind im ganzen Land erschreckend. Unausgeglichene Haushalte, enorme Investitionsrückstände, unzureichende Infrastruktur – die wesentlichen Grundlagen für die Gestaltung vor Ort erodieren mehr und mehr.“

Es braucht deshalb mehr als das Drehen an der ein oder anderen Stellschraube. Es braucht ein grundsätzlich neues Miteinander: „Wir brauchen mehr Vertrauen der Bundespolitik und der Landespolitik in die Kommunen und in ihre Rolle als Gestalter. Städte kennen die Herausforderungen vor Ort, Städte können damit umgehen. Es braucht aber deutlich mehr Mittel und mehr Gestaltungsmacht für die Politik vor Ort. Sämtliche Aufgaben müssen quer

durch die staatlichen Ebenen ausfinanziert sein. Und es braucht Gesetze, die praxis- und lebensnahe Politik für die Menschen ermöglichen.“

Die Themen, zu denen der Vorstand Forderungen an die neue Bundesregierung formuliert hat, sind vielfältig: Digitalisierung, Förderung von demokratischem Engagement, bezahlbares Wohnen und Bauen, Migration und Integration, Innere Sicherheit, Bildung, Klimaschutz und ÖPNV. Und nicht zuletzt spielen die Kommunal Finanzen in den Forderungen eine zentrale Rolle: „Neben einer Erhöhung des Verbundsatzes von Seiten des Landes müssen Bund und Länder den Städten einen höheren Anteil an den Gemeinschaftssteuern gewähren.“

Außerdem müsse der Bund die Schuldenbremse auf den Prüfstand stellen: „Wenn diese Zukunftsinvestitionen verhindert, muss sie reformiert werden. Dies gilt auch für die Ausgestaltung im Land. Außerdem müssen wir Fördermittel neu denken. Mehr Vertrauen in die Städte heißt auch, besser feste Budgets für geförderte Ausgaben als komplizierte Förderprogramme, die den Städten Zeit und Ressourcen rauben.“

Forderungen des Städtetages NRW an die neue Bundesregierung:

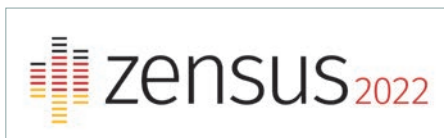
www.staedtetag-nrw.de/25109

Umfrageergebnisse zur Gewalt gegen Feuerwehrkräfte

Über 50 Prozent der Kräfte bei Freiwilligen und Werkfeuerwehren und 75 Prozent bei Berufsfeuerwehren berichten von Angriffen in den letzten zwei Jahren. Mehr als 90 Prozent der Betroffenen erlebten dabei Beschimpfungen. Gewalt geht häufig von Einzeltätern aus, oft unter Alkohol- und Drogeneinfluss. Das sind einige Ergebnisse der 2. Gewalt-Umfrage des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Der Deutsche Städtetag verurteilte die Gewalt gegen Einsatzkräfte scharf und verlangt u.a. schnelle Strafverfolgung und Bodycams.

www.staedtetag-nrw.de/25101

www.staedtetag-nrw.de/25102



Weitere Unterlagen und die Handreichung finden Sie auf der Website der Bundesfachstelle Barrierefreiheit. Ergebnisse des Zensus, Zensusdatenbank und Zensusatlas

Mit dem Anfang des Jahres sind weitere Ergebnisse des Zensus 2022 in der Zensusdatenbank veröffentlicht worden. Zur Verfügung stehen nun gut 600 Tabellen mit kostenlosen Informationen auf Bund- Land- und Kommunalebene bis hin zu Stadtbezirken in Berlin und Hamburg u.a. zu Bevölkerung, Bildung, Erwerb, Haushalten, Familien, Gebäuden und Wohnungen. Räumlich visualisierten Zugang zu den Informationen bietet der Zensus Atlas mit insgesamt 14 interaktiven Karten.

www.staedtetag-nrw.de/25104



Foto: Jennewein adobe.stock.com

Bundestagswahl 2025: Handreichung für barrierefreie Wahllokale

Die Bundesfachstelle Barrierefreiheit hat eine aktualisierte Handreichung „Barrierefreie Wahllokale“ veröffentlicht. Sie helfen, eine gleichberechtigte Teilhabe aller Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2025 zu gewährleisten. Die Handreichung enthält praktische Tipps und Checklisten für barrierefreie Wahllokale, die Kommunikation und die Unterstützung durch Wahlhelfende. Sie richtet sich an Städte, Gemeinden und Landkreise sowie an Wahlhelfende, die vor Ort im Kontakt mit Wählerinnen und Wählern stehen.

www.staedtetag-nrw.de/25103





Mehr Frauen in die Kommunalparlamente

Von Josefine Paul

1950 war es im Deutschen Bundestag noch eine Besonderheit: „Der nächste Redner ist eine Dame“ – so kündigte der damalige Bundestagspräsident Erich Köhler am 12. Mai die Rede der Abgeordneten Anne Marie Heiler an. Frauen am Rednerpult des hohen Hauses waren da noch echte Pionierinnen und keineswegs selbstverständlich. Da sind wir heute weiter. Von gleichberechtigter Teilhabe in der Politik sind wir aber immer noch ein gutes Stück entfernt. So liegt der Frauenanteil im 20. Deutschen Bundestag bei rund 35 Prozent. Auch im Landtag von Nordrhein-Westfalen und in den kommunalen Vertretungen unseres Landes haben Frauen durchschnittlich nur rund ein Drittel der Mandate inne. Nur jedes siebte Rathaus in Nordrhein-Westfalen wird von einer Bürgermeisterin geführt, nur vier Oberbürgermeisterinnen und zwei Landrätinnen stehen

an der Spitze einer Großstadt oder eines Landkreises. Diese Zahlen beschreiben nicht nur eine gleichstellungspolitische Herausforderung, sondern auch ein Repräsentationsdefizit und berühren damit die Frage der Zukunftsfähigkeit und Akzeptanz unserer Demokratie. Noch zu oft fehlt die Sichtweise der Frauen. Dabei beruht eine starke Demokratie genau darauf: auf einer Vielfalt an Perspektiven.

Im September werden die Räte und Gemeindevertretungen in den NRW-Kommunen neu gewählt. Das bietet die Chance, mehr Frauen in die politischen Gremien zu holen. Unser Zusammenleben wird vor Ort gestaltet und es macht einen Unterschied, ob Frauen in der Vielfalt ihrer Perspektiven und Lebensrealitäten an Entscheidungen beteiligt sind oder nicht. Denn Frauen und Männer nutzen beispielsweise den Stadtraum oft aufgrund verschiedener Alltagsanforderungen unter-

schiedlich. Die kommunalen Vertretungen sind darüber hinaus auch Ort des politischen Aufstiegs. Hier haben schon einige politische Karrieren begonnen.

Woran liegt es also, dass Frauen in den politischen Gremien der kommunalen Ebene nicht öfter vertreten sind? Obwohl Frauen doch bei den ehrenamtlich Tätigen die Mehrheit stellen und an den Entwicklungen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld sehr interessiert sind. Zur Antwort gehört, dass die Rahmenbedingungen im kommunalpolitischen Ehrenamt die Vereinbarkeit von Politik, Beruf und Sorgearbeit erschweren. Die Möglichkeit zu digitalen oder hybriden Sitzungen, die mit der Digitalsitzungsverordnung im April 2022 eingeführt wurde, bringt hier etwas Erleichterung.

Es sind aber auch die Gepflogenheiten des (partei-)politischen Lebens, die viele Frauen abschrecken: Überlange Sitzungen, abendliche Parteitreffen und informelle Absprachen in Kneipen sind für viele Frauen, die immer noch überwiegend für die Sorgearbeit aufkommen, auch eine zeitliche Herausforderung. Mitunter stoßen auch eine raue Gesprächskultur und sexistisches Verhalten ab. Neulinge müssen sich in Parteien oft langjährig „bewähren“, bevor sie eine Chance auf einen aussichtsreichen Listenplatz oder Wahlkreis erhalten. Strukturen, die längst nicht nur auf Frauen weniger attraktiv wirken. Insgesamt brauchen wir eine politische Kultur der Anerkennung, wenn wir Menschen für die wichtige politische Arbeit in den Räten und Gemeindevertretungen gewinnen wollen.

Insbesondere engagierte Frauen sehen sich aber zunehmend mit Hassreden, verbalen Angriffen – oftmals sexualisiert – bis hin zu Gewaltandrohung und Übergriffen konfrontiert. Wir müssen gerade ehrenamtlich Tätige in der Kommunalpolitik wirksam schützen. Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn Stim-

men aus dem politischen Diskurs gedrängt werden sollen. Im Gegenteil: NRW ist ein Land der Vielfalt und diese Vielfalt soll sich auch in politischen Entscheidungsprozessen und Gremien widerspiegeln.

Deshalb haben wir eine Paritätsregelung in Form einer Appellklausel im Kommunalwahlgesetz NRW eingeführt. Damit setzen wir ein Signal an die Parteien, dass wir die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern weiter stärken wollen. So legt diese Klausel fest: „Frauen und Männer sollen gleichmäßig in Vertretungskörperschaften repräsentiert sein (Geschlechterparität). Bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sind die Parteien und Wählergruppen aufgefordert, Geschlechterparität anzustreben.“

Dieser Appell ist einer der vielen Schritte, die wir brauchen, um mehr Frauen für die Politik zu gewinnen. Ein weiterer Schritt ist das Projekt „Be the Change. Frauen für Demokratie“, das seit 2024 durch mein Haus gefördert wird. Kern des Projekts ist der Aufbau einer digitalen Toolbox (www.bethechange-nrw.de/toolbox), mit der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort dabei unterstützt werden, geeignete Frauen anzusprechen und diese dazu zu motivieren, den Schritt in die Kommunalpolitik zu machen. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten nehmen dabei eine wichtige Schlüsselrolle ein. Die Toolbox soll ihnen bei dem Vorhaben helfen, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern.

Nur wenn wir als Aktive in Parteien, Fraktionen, kommunalen Verwaltungen, kommunalpolitischen Vereinigungen und Spitzenverbänden zusammenarbeiten, werden wir den Wandel bewirken. Damit mehr Frauen unsere Städte und Gemeinden mitgestalten.

Josefine Paul
Ministerin für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Gemeinschaftsaufgabe Bildung: RVR und RuhrFutur stellen Bildungsbericht 2024 vor

Mit dem Bildungsbericht Ruhr 2024 geben der Regionalverband Ruhr und RuhrFutur die dritte städteübergreifende Analyse für das Ruhrgebiet heraus. In dieser Region lernen mehr als eine halbe Million Schülerinnen und Schüler, knapp 180.000 Studierende und über 100.000 Auszubildende.

Der Bericht zeichnet die Entwicklungen im Bildungssystem nach, dabei folgt er inhaltlich der Bildungsbiografie – von der frühen Bildung über die Schule bis hin zur beruflichen Bildung, Hochschule und Weiterbildung. Ganz neu ist das Kapitel „Außerschulische Bildung“. Er benennt Erfolge sowie Herausforderungen und wendet sich damit insbesondere an kommunale Akteur*innen, Bildungsbeigeordnete, Hochschulleitungen, das Fachpersonal in den Kommunen und Bildungseinrichtungen selbst.

Der Bericht knüpft an die Arbeit der ersten beiden Bildungsberichte an und fokussiert die Jahre 2020 bis 2024, die von enormen Herausforderungen geprägt waren: Die Corona-Pandemie hat bestehende Bildungsungleichheiten verschärft. Hinzu kommen neue Anforderungen etwa in Folge des Kriegs in der Ukraine, der akute Fachkräftemangel, die fortschreitende Digitalisierung und die wachsende Notwendigkeit, Integration und Inklusion konsequent umzusetzen. Diese Herausforderungen zu stemmen ist insbesondere im Ruhrgebiet eine große Aufgabe. Im Vergleich zu anderen Regionen von NRW leben hier überproportional viele Kinder und Jugendliche mit sozialen Belastungen durch Armut, Migrations- und Fluchthintergrund. So haben in knapp 35 Prozent der Familien mit Kindern im Ruhrgebiet die Elternteile keinen beruflichen Abschluss –

mit Folgen für den Bildungsweg der Kinder, denn Bildungschancen hängen auch vom Bildungsstand der Eltern ab.

Dabei wird klar: Die Herausforderungen sind insbesondere in den Bereichen „Frühe Bildung“ und „Allgemeinbildende Schule“ weiter gewachsen und erfordern für die Zukunft noch größere Anstrengungen und Kooperation auf allen Ebenen.

Im Vergleich zum Landesdurchschnitt und zu anderen Regionen in NRW ist der Anteil der Dritt- und Achtklässler, die nicht über die Mindestanforderungen in Deutsch und Mathematik verfügen, im Ruhrgebiet deutlich größer. Dabei gibt es auch innerhalb des Ruhrgebiets erhebliche Unterschiede in den erreichten Kompetenzen zwischen den Kreisen und den Großstädten des Kernruhrgebiets.

Die Kommunen arbeiten seit Langem zusammen und setzen über kommunale Grenzen hinweg gemeinsame Projekte um. So wurden Strukturen und eine breite Expertise im Bildungsbereich aufgebaut, um den wachsenden Anforderungen mit qualitativ wie quantitativ ausreichenden Angeboten entsprechen zu können. Das gilt für die frühkindliche Bildung, die Grundschulbildung, die ganztägige Bildung und für Querschnittsthemen wie Inklusion, Sprachbildung und Digitalisierung. In diesen Bereichen konnten kommunal und regional durchaus Erfolge erzielt werden.

Aus den Zahlen des aktuellen Bildungsberichts geht jedoch hervor, dass die vielfältigen Maßnahmen mit den immer größer werdenden Herausforderungen nicht Schritt halten können. Abgestimmte Handlungsstrategien, Kooperationen über Sektorengrenzen hinweg und eine starke staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft sind daher derzeit von essen-

zieller Bedeutung. Der Regionalverband Ruhr und RuhrFutur möchten die Region mit ihrem gemeinsamen Bildungsbericht für das Ruhrgebiet in dieser Aufgabe unterstützen und befördern.

Der Bildungsbericht Ruhr 2024 beschreibt daher nicht nur, vor welchen Herausforderungen das Bildungssystem im Ruhrgebiet heute steht, sondern gibt wichtige Impulse für die weitere Entwicklung der Bildungsregion Ruhr. Er bietet allen Beteiligten eine wertvolle Grundlage, um gemeinsam datenbasiert neue Lösungsansätze zu entwickeln, spiegelt die Fortschritte wider, deckt Handlungsbedarfe auf und ist zugleich eine Einladung, den Weg der Kooperation weiterhin entschlossen fortzusetzen.

RVR-Regionaldirektor Garrelt Duin macht deutlich: „Bildung ist die beste Investition in die Zukunft unserer Region. Deshalb müssen wir früh anfangen, die Weichen für gelingende Lebensläufe zu stellen. Basiswissen wie Lesen, Schreiben und Rechnen bilden dabei das Fundament für jedes Kind. Die Herausforderungen durch zunehmende Bildungsungleichheiten sind groß, aber unsere Stärke ist die enge regionale Zusammenarbeit aller relevanten Bildungsakteure. Unser Ziel ist ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungssystem.“

Mehr zum Bildungsbericht Ruhr 2024 unter:

www.staedtetag-nrw.de/25105

Kontakt:

Dr. Markus Küpker, RuhrFutur gGmbH:
markus.kuepker@ruhrfutur.de

Anna-Lena Winkler, Regionalverband Ruhr (RVR):
winkler@rvr.ruhr

Solingen: Schnellstes Finanzamt in NRW

Das Finanzamt Solingen gehörte 2024 zu den schnellsten Finanzämtern Deutschlands. Das zeigt eine Auswertung der Anwendung für die Online-Steuererklärung Lohnsteuer kompakt.de. Demnach dauere die Bearbeitung eines Einkommensteuerbescheids dort 30,1 Tage. Deutschlands schnellstes Finanzamt sei das Finanzamt Bensheim Außenstelle Fürth in Hessen mit im Schnitt nur 23,8 Tagen. Auf dem zweiten Platz landet mit 29,7 Tagen die Offenburger Außenstelle Achern. Im Durchschnitt mussten Steuerpflichtige deutschlandweit rund 51 Tage auf ihren Bescheid warten. Die Analyse basiert auf über einer Million anonymisierten Steuererklärungen und den Bearbeitungszeiten von 502 Finanzämtern.

www.staedtetag-nrw.de/25106



Foto: DFM / Hannappel

Dortmund: Rekordjahr für das Deutsche Fußballmuseum

Im Deutschen Fußballmuseum in Dortmund ist die Anzahl der Besucherinnen und Besucher im vergangenen Jahr um 40 Prozent gestiegen. Die Gesamtzahl lag bei 289.000. Allein während der Europameisterschaft kamen 40.000 Menschen in die Ausstellung. Im Jahr 2025 feiert das Deutsche Fußballmuseum sein zehnjähriges Bestehen und kündigt über das Jahr verteilt mehrere Aktionen und Angebote an. Am 8. April startet beispielsweise die Sonderschau „NETZER – DIE SIEBZIGERJAHRE. Eine Ausstellung über den ersten Popstar des Fußballs“.

www.staedtetag-nrw.de/25107



Foto: Stadt Mönchengladbach

Mönchengladbach: Friedhofstaxi auf dem Hauptfriedhof

Auf dem weitläufigen Gelände des städtischen Hauptfriedhofes in Mönchengladbach können Besucherinnen und Besucher einen spezielles Friedhofstaxi nutzen. Montags bis Freitags zwischen 9:00 und 15:30 Uhr haben sie die Möglichkeit, sich mit einem Elektro-Golfcaddy zu den Gräbern ihrer Angehörigen bringen zu lassen. Der Caddy bietet Platz für drei Mitfahrende und hat auf der Ladefläche Platz für Handtaschen, Pflanzen und Blumenerde. Seine Fahrerinnen und Fahrer kommen von der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Mönchengladbach (BQG). Das Tochterunternehmen von mags unterstützt arbeitslose Menschen, eine neue berufliche Perspektive zu entwickeln.

www.staedtetag-nrw.de/25108



Wasserschloss (Foto: Stadt Gladbeck)

Wittringen – das grüne Herzstück Gladbecks

Im und rund um den Wittringer Wald finden die Menschen in Gladbeck abenteuerreiche Spielplätze, einen einladenden Streichelzoo, eine bunte Vogelinsel, idyllische Teiche und eine Anbindung an das Gladbecker Stadion, das Freibad und die Tennisanlagen. Auf einer Grünfläche von rund 100 Hektar reihen sich bis zu 40 Meter hohe Bäume aneinander, die Teiche und Picknickwiesen umschließen.

Das Wasserschloss Wittringen ist damals wie heute das Herzstück des Waldes. Hier trifft Kultur auf Aufenthaltsqualität: Neben dem städtischen Museum und einem Restaurant-Café mit großer Außenterrasse freue ich mich immer wieder über die märchenhaften Hochzeiten, die im eigens eingerichteten

Trauzimmer im Schloss oder unserem Museum stattfinden. Umrundet wird das Areal von der viel genutzten und in den Abendstunden beleuchteten Marathonbahn, die mit einer Länge von etwa 4.800 Metern für viele Sportlerinnen und Sportler unverzichtbar geworden ist.

Gladbeck ist Sport- und Familienstadt – dafür steht der Wittringer Wald symbolisch. Das Naherholungsgebiet, das seine Ursprünge in den 1920er-Jahren hat, ist bis heute ein beliebtes Ausflugsziel für Menschen unterschiedlichster Generationen aus Gladbeck und dem Ruhrgebiet.

Bettina Weist
Bürgermeisterin
der Stadt Gladbeck



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn,
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Gabriele Klein,
Media Cologne GmbH, Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Januar/Februar 2025